

Aussprache über die Regierungserklärung. Rede am 25. März 1949 im Badischen Landtag

(S. 1) Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Die sehr ausführliche Regierungserklärung des Herrn Staatspräsidenten Wohleb war ein umfangreicher Lagebericht des Karlsruher Traditionsbataillons unserer nach Freiburg konzentrierten Ministerialbürokratie über die mehr oder minder emsige Tätigkeit der 21.254 Beamten und Angestellten unseres südbadischen Staatsapparates. Wir hätten allerdings eine Erklärung der Regierung über die Grundsätze und Zielsetzungen der von ihr beabsichtigten und vor dem Landtag zu verantwortenden Politik erwartet. Die Richtlinien der CDU-Regierung und unseres Herrn Staatspräsidenten müssen sich die Abgeordneten des Landtages zusammensuchen aus den gelegentlichen Hof- und Reiseberichten der Staatskanzlei, die dieser Gehirntrust im verträumten Colombischlößchen – um ein Wort des „*Badener Tagblatt*“ zu benutzen – der Presse, vor allem dem „*Badener Tagblatt*“ zukommen läßt. Dort, und nicht im Landtag erfahren die badischen Volksvertreter, welche Stellung unsere Regierung zu den Ergebnissen der monatelangen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat zu Bonn einnimmt, welche Aufträge Präsident Wohleb, dem inzwischen aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Justizminister Dr. Fecht gab. Dort erfahren wir auch, wie sich die vom Badischen Landtag gewählten Bonner Vertreter zu den nachdrücklichen Einwänden der Militärbefehlshaber gegen die wichtigsten der 151 Artikel der nach sieben Monaten ausgebrüteten provisorischen Überverfassung verhalten. Es sei denn, man ist Mitglied der SPD und hat dann einen ausführlichen Bericht des Herrn Abgeordneten Maier in der Partei zu hören. Kein Wort verlor der Präsident über die auch für Südbaden – immerhin ein Teil Deutschlands ist – verhängnisvollen Auswirkungen des Ruhrstatuts und über das seinem Hauptinhalt nach bekannte Besatzungsstatut. Die Regierung schwieg sich ebenso hartnäckig über ihre Einstellung zu den politischen und militärischen Plänen der Westunion und des Atlantikpaktes aus guten Gründen aus, wie Sie hören werden. Wahrscheinlich hält sie die von ihr praktizierte Durchführung der Londoner Empfehlungen für so selbstverständlich, daß darüber überhaupt kein Wort zu verlieren ist. Bis zu einem gewissen Grad ist die Regierung sogar zu dieser Auffassung berechtigt. Nicht nur die CDU, die Regierungspartei also, sondern auch die FDP und die SPD haben die den Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 in Frankfurt übergebenen drei Dokumente mit dem Inhalt der Londoner Empfehlungen angenommen und bejaht. Am 8. und 10. Juli, acht Tagt später, formulierten sie zwar ihre Einwände in Koblenz, aber bereits am 28. Juli unterwarfen sie sich den Wünschen der Militärregierungen. Eine entschiedene Ablehnung der elf Ministerpräsidenten hätte damals die seither verhängnisvolle Weitertreibung der Aufspaltung Deutschlands unmöglich gemacht, die Berliner Frage wäre überhaupt nicht aufge-

kommen und die vier Alliierten hätten sich wahrscheinlich veranlaßt gesehen, sich zu gemeinsamer Beschlußfassung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zusammenzufinden.

(S. 2) Aber gerade das wollte ja die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit nicht. Sie wollte ja gar keine ernsthafte Entnazifizierung, keine durchgreifende Demokratisierung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, keine Abrechnung mit den für den Krieg und die Katastrophe unseres Volkes verantwortlichen Schichten der kapitalistischen Machthaber und Großgrundbesitzer. Sie wollte ja gar keine Überführung der Schlüsselindustrien in das Eigentum und die Verfügungsgewalt des Volkes. Sie wollte keine durchgreifende Bodenreform. Sie wollte keine Auflösung der überkommenen Beamtenhierarchie. Sie wollte die Wiederherstellung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Besitzbürger, die Freiheit zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Dafür nahmen sie alles in Kauf. Dafür nahmen sie die Londoner Empfehlung hin und machten sich zu Ausführungsorganen dieser Politik.

Die gelegentlichen scharfen Entgegnungen – nicht unseres Herrn Staatspräsidenten, sondern der Herren Adenauer, Schumacher, Euler, Carlo Schmid, Heuss, Ollenhauer, Menzel usw. in Bonn, Frankfurt, Koblenz, Hamburg und sonst wo – jetzt wieder in der Schweiz durch Herrn Adenauer, der eine Verständigung Deutschlands verhütet –, diese schon üblich gewordenen Protestlärm gegen die anordnenden Empfehlungen der westlichen Alliierten haben nur den einen Zweck, von den Befehlshabern das eine oder andere nebensächliche Zugeständnis zu erreichen, um dadurch die Illusion zu nähren, als herrsche bei uns das Prinzip der Freiheit, der Menschenwürde und des Selbstbestimmungsrechtes.

Wenn man die mehrfachen Äußerungen des Herrn Staatspräsidenten zur Verfassungsfrage in der Presse studiert, muß man zu der Überzeugung kommen, daß er und seine Regierung eine staatliche Neuordnung Westdeutschlands anstreben, deren Überföderalismus nicht überboten werden kann. Er will selbst über die Forderungen der Militärbefehlshaber hinaus nur einen ganz losen Zusammenschluß der elf autonomen westdeutschen Länder laut seiner ersten Begründung, die auf föderalistischem Gebiete liegt, weil es „dem Naturrecht entspräche“ (Unverständlicher Zuruf des Herrn Staatspräsidenten), „daß bestehenden menschlichen Gemeinschaften grundsätzlich“ – ich bitte den Herrn Staatspräsidenten jetzt nicht zu stören, sonst kann er den Ausführungen nicht folgen – „nur solche Rechte und Aufgaben zugunsten einer größeren entzogen werden dürfen, die sie wahrzunehmen vernünftigerweise nicht in der Lage sind.“ Nach der Meinung des Herrn Staatspräsidenten ist also der frühere, aus der Gnade Napoleons zufällig gewordene Badische Staat eine der Ehe und der Familie gleichwertige, naturrechtlich begründbare Form des Gemeinschaftslebens, eine Auffassung, die man von einem in den Leh-

ren der katholischen Moraltheologie immerhin erfahrenen Fachmanne eigentlich nicht erwarten sollte.

„Eine einheitliche deutsche demokratische Republik“ – so lautet das zweite Argument unseres Herrn Staatspräsidenten für die Autonomie Badens – „würde den Ländern ihre wesentlichen Hoheitsrechte nehmen und einem neuen Hitler etwa formalrechtlich erleichtern, die Macht an sich zu reißen.“ (Sehr richtig!) Ich glaube nicht – na ja! „Die Aufsplitterung Westdeutschlands in elf koordinierte Länder, verhindere ferner“ – immer nach der Argumentation des Herrn Staatspräsidenten –, „daß im Zeitalter des Großkapitalismus und der Technik die Gefahr der Vermasung und der Kollektivisierung (sic)überhandnehmen und die Entmenschlichung des Menschen vollzogen werden würde.“ Der Herr Staatspräsident Wohleb möchte nicht, daß kleine Länder, wie Baden, den Charakter eines Staates verlieren und etwa Bestandteile einer deutschen Republik wären. Er möchte, daß der badischen Staatsbürokratie ihr bisher so erfolgreich beackertes Tätigkeitsfeld in selbständiger Regie erhalten bleibt. Entscheidend aber für die Forderung des Herrn Staatspräsidenten nach der badischen Autonomie ist die Befürchtung, daß in einem Bundesparlament die Mehrheitsverhältnisse anders ausfallen könnten als in den einzelnen Staaten. Das würde allerdings das Ende der Parteiherrschaft der CDU für Baden bedeuten. Um dieses Unglück abzuwenden, lohnt es sich darum schon, das föderalistische Prinzip mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Stellungnahme der badischen Regierung deckt sich mit den Absichten und Vorschlägen der westlichen Befehlshaber. Bei diesen allerdings ist das Interesse an der Schwächung und Kraftlosigkeit Deutschlands durchaus verständlich: sie wollen kein Deutschland mehr, sondern deutsche Länder, sie wollen kein, um es Französisch zu sagen, L’Allemagne mehr, weil sie die Wiederherstellung eines freien deutschen Staates nicht wünschen. Die Aufspaltung Deutschlands aber käme für uns Deutsche einer Preisgabe unseres Vaterlandes gleich, und das wäre Verrat an unserem Volke. Weil wir an dieser Entwicklung nicht mitschuldig werden wollen, weil wir der Zersplitterung und Auflösung unseres Volkes nicht Vorschub leisten wollen, führen wir gegen die Bonner Verhandlungen einen erbitterten Kampf, fordern wir die Einstellung der Arbeiten des Parlamentarischen Rats und die Aufnahme von Besprechungen mit dem deutschen Volksrat (Hört! hört!) in Berlin zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Verfassung. (Abg. Dichtel: Habt Ihr auch was zu sagen?) Ich will Ihnen, Herr Dichtel, raten, Ihre oppositionelle Haltung einzudämmen. Es macht nicht den Eindruck, als ob der liebe Geist von Caux auf Sie niedergeträufelt ist, der Ihnen die Möglichkeit gäbe, Ihr Temperament so weit zu zügeln, daß Sie mich nicht bei unpassenden Stellen anfallen. (Abg. Dr. Hoffmann: Alles aus Liebe! Abg. Schneider: Sie waren gestern nicht da, darum sind Sie die Ursache!)

Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann schrieb vor kurzem – das ist immerhin eine Stellungnahme, die nicht von uns, sondern vor allem von unseren

Gegnern kommt – in einem vielbeachteten Artikel: „Niemand kann ernstlich glauben, daß die gegenwärtige Teilung Deutschlands sehr lange an- **(S. 3)** halten kann (Sehr richtig!), ohne daß sie zur Gewaltanwendung führt, wahrscheinlich in der Form eines deutschen Bürgerkrieges, der ein europäischer Bürgerkrieg und schließlich ein internationaler Krieg werden würde.“ Und das, meine Herren Abgeordneten, möchten wir für unseren Teil durch unsere Vorschläge vermeiden. Die Berliner Frage rangiert in der Regierungserklärung unter den finanziellen Leistungen, die unser Land trotz aller Sparsamkeit, wie es dort heißt, für „Zwecke des Gesamtwohles“ darzubringen habe. Vor kurzem hielt der bekannte, als Außenminister des nicht gewählten amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Dewey vorgeschlagene John Forster Dulles vor der Vereinigung ausländischer Schriftsteller eine Rede, in der er sagte: „Man könnte die Berliner Frage sofort lösen, indem man eine Vereinbarung über das Währungsproblem erreichen würde. Aber der derzeitige Zustand sei aus propagandistischen Gründen für die Vereinigten Staaten sehr günstig. Diese würden dafür gelobt, daß sie die Westberliner vor dem Verhungern bewahren. Während es der Propaganda gelungen sei, die Sowjetunion für die Blockade verantwortlich zu machen, bestehe die Gefahr einer Vereinbarung über das Berliner Problem darin, daß es dann unmöglich wäre, dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus dem Wege zu gehen. Amerika würde sich dann einem sowjetischen Vorschlag gegenüber sehen, alle Besatzungstruppen abzuziehen und eine zentrale deutsche Regierung zu schaffen.“

Die Amerikaner wollen also keine Lösung der Berliner Frage. Das beweist auch ihre soeben veröffentlichte Stellungnahme zu den Vorschlägen des auf Veranlassung des Vorsitzenden des Sicherheitsrates der UNO, Bramuglia, eingesetzten Ausschusses zur Klärung der Angelegenheit. Sie lehnten es ab, die ausgearbeiteten Vorschläge des Ausschusses, die die Sowjetunion als Diskussionsbasis anzunehmen bereit war, überhaupt zu besprechen. Die Tätigkeit des UNO-Ausschusses müßte daraufhin eingestellt werden. Amerika braucht die Berliner Spannung. Sie ist durch seine separate Währungsreform im Jahre 1948 heraufbeschworen worden. Berlin wurde zu einem vorgeschobenen Stützpunkt der Wirtschafts- und Staatspolitik des kapitalistischen Westens gegen die sozialistische Neuordnung und die Verwirklichung einer wahrhaften Demokratie in der Ostzone. (Oho-Rufe.) Daß Sie das nicht begreifen, ist mir ganz klar. In die Sprache der Agitation übersetzt heißt das: Berlin wurde plötzlich von einem Vorposten der europäischen Kultur, zu einem Zentrum der Freiheit und Menschenwürde gegen den Totalitarismus und die Versklavung durch den Staatskapitalismus der asiatischen Bolschewiken. (Sehr richtig!) Ganz klar; auf diese Ovation hatte ich natürlich gewartet. Sie zeigt, daß ich Ihnen aus dem Herzen gesprochen habe. Es wäre viel aufrichtiger gewesen, wenn der Herr Staatspräsident offen und deutlich seine Forderung nach der Berliner Sondersteuer, die Notopfer genannt wird, mit dieser von der ihm nahestehenden und in erster Linie leider auch von der SPD-Presse aus Konkurrenzgründen immer wieder abge-

wandelten Argumentation begründet hätte. Er hätte allerdings darauf hinweisen müssen, daß die freiwillige Sammlung unter der Devise „Rettet Berlin!“ trotz massivster Propaganda keinen Erfolg aufzuweisen hatte. Wir sind der Meinung, daß wir Deutsche im Westen und im Süden unseres Vaterlandes nicht das geringste Interesse an den Absichten der kapitalistischen Westmächte haben dürfen, in Berlin einen Sappenkopf ihrer quer durch Europa und Deutschland gezogenen Front zum Kampf gegen die Sowjetunion und die Oststaaten zu errichten. Wenn Sie das für notwendig halten, selbst auf die Gefahr eines dritten Weltkrieges hin, dann soll die Verantwortung dafür auch ausschließlich bei Ihnen liegen. Dann soll das reiche Amerika, das 51 Prozent seines Budgets für die Aufrüstung ausgibt, auch die Kosten der Luftbrücke seines kalten Krieges gegen die Sowjetunion aufbringen. Wir sollten nie vergessen, daß die Deutschen im Osten Berlins und in der Ostzone zu uns gehören und wir zu ihnen. Wir sollten darum alles vermeiden, was den Weg zur Einheit der jetzt getrennten Teile Deutschlands versperren kann. (Sehr richtig!) Aber eben das, meine Herren, wollen die Führer der politischen Parteien im Westen nicht, auch Sie nicht, meine Herren von der CDU! Darum verhöhnt die bürgerliche Presse die Versuche ostdeutscher Politiker, mit dem Westen ins Gespräch zu kommen, wie es sich bei dem Besuch des Vorsitzenden der Ostzonen-CDU, Nuschke, gezeigt hat. (Abg. Dichtel: Es gibt keine ostdeutschen Politiker, das sind hörige Menschen, das sind Vasallen, das sind ja keine Politiker!) Darum übersehen die westdeutschen Politiker vom Schlage Adenauers und Carlo Schmid geflissentlich die dargebotene Hand der Vorsitzenden des deutschen Volksrates in Berlin zu gemeinsamer Arbeit. Darum lehnen sie eine Besprechung des nationalen Notstandes, in dem sich unser Volk unter der Drohung des Atlantikpaktens befindet, in Braunschweig, zu der sie der Volksrat eingeladen hat, mit oberflächlichen und agitatorischen Phrasen ab. Darum werden die Besprechungen Nadolnys mit dem früheren Minister Hermes als unmöglich und sinnlos abgetan. Darum wird selbst der Aufruf des sogenannten Nauheimer Kreises zur „Rettung des Friedens durch die Neutralisierung Deutschlands“, dessen Wortführer der bürgerliche Geschichtswissenschaftler Ulrich Noack aus Würzburg ist, totgeschwiegen oder lächerlich gemacht. Die ersten Sätze dieses Aufrufes lauten: „Deutschland wurde durch den bisher furchtbarsten Weltkrieg ins tiefste Elend gestürzt. Wir müssen den Mut haben, aus eigener Kraft einen gangbaren Ausweg aus der heutigen Krise zu suchen. Ein neuer Weltkrieg würde weder unserem Volk noch der Welt Segen bringen. Er würde im Gegenteil alle materiellen und moralischen Verwüstungen ungeheuer vermehren. Die anhaltende Kriegsgefahr wirkt auf das Wiederaufleben Europas und der Welt fast ebenso lähmend wie der Krieg selbst. Die Beseitigung der Spaltung Deutschlands ist nicht nur tatsächlich möglich, sondern ein unentbehr- **(S. 4)** licher Beitrag zur Überwindung dieser Kriegsgefahr.“ Soweit Herr Noack.

Der Antrag der badischen Regierung, das Notopfer für Berlin auch bei uns gesetzlich zu verankern, wäre ein Beitrag zur Verhärtung der Aufspaltung Deutschlands

und zur Verschärfung der Kriegsgefahr. (Abg. Hilbert: Sollen wir die Leute verhungern lassen?) Darum lehnen wir die Durchführung dieser Sondersteuer für die Berliner Luftbrücke der westlichen Alliierten ab. Wenn die Regierung und der Landtag sich stark genug fühlen, für die Zwecke des Gesamtwohles staatliche Mittel freizumachen, dann sollen sie diese Mittel nicht für die Luftbrücke, sondern für die Opfer des Hitlerkrieges beschaffen, für die Flüchtlinge und Ausgebombten unseres Landes, für die betrogenen Opfer der Währungsreform und der Preiserhöhung durch einen wirklichen Lastenausgleich, bei dem die zu bezahlen haben, die sich am Krieg bereicherten, durch eine wirkliche Bodenreform, bei der die Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignet werden, und durch eine Unterstützung der Forderung auf Lohnerhöhungen, die den Arbeitern und Angestellten eine einigermaßen menschenwürdige Existenz ermöglichen. Das wäre ein badisches Opfer, das sich sehen lassen könnte! (Sehr richtig!)

Eine weitere politische Frage, die in der Regierungserklärung gewissermaßen im Anhang behandelt wurde, ist der Streit um den Südweststaat, der bei uns in Südbaden zum mindesten ungewöhnliche Formen angenommen hat. Gestern hatte es eine Zeitlang den Anschein gehabt, als ob es für uns keine anderen Fragen gäbe als die südwestdeutsche Frage. Unsere Stellung hierzu ist bekannt, ihre Richtigkeit durch die Ereignisse des letzten halben Jahres bestätigt. Die Frage, ob die Grenzen der beiden Länder Baden und Württemberg in ihrer früheren Gestalt wiederhergestellt oder ob die beiden Länder zu einem Südweststaat vereinigt werden sollen, ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit. Sie kann daher erst vom deutschen Volk geordnet werden, wenn wir einen gesamtdeutschen Staat haben, wenn nach einem Friedensvertrag und dem nachfolgenden Abzug aller Besatzungstruppen die volle Souveränität Deutschlands wiederhergestellt ist. Wir haben uns deshalb sowohl in der Presse als auch bei öffentlichen Versammlungen aus dem heftigen badisch-württembergischen Hausstreit der beiderseitigen Ministerialbürokratien herausgehalten. Es ist erstaunlich, daß gestern ausgerechnet die Kommunistische Partei angegriffen und der Demagogie bezichtigt wurde, die in dieser Frage überhaupt nichts gesagt hat, obwohl die wesentlichen badischen Zeitungen jeden Tag voll von Angriffen gegen Herrn Wohleb sind. Ich habe mich inzwischen der Mühe unterzogen, die Dinge zu untersuchen, und ich darf Ihnen mit einem warmen Händedruck diesen Vorwurf der Demagogie zurückgeben. (Abg. Dichtel: Danke, danke!)

Wahr ist, und das ist ja vor aller Augen klar, daß in der ganzen badischen Presse festgestellt wurde, nachdem die französische Militärregierung ihre Meinung offen bekanntgegeben hat, daß sich die Stellungnahme der französischen Regierung mit der unseres Herrn Staatspräsidenten deckt. (Abg. Dichtel: Also doch französische Interessen!) Moment mal, wenn sich meine Ansichten mit Ihren decken, Herr Kollege, ich bin noch lange nicht bereit, in Ihrem Sinne zu handeln; das erst wäre Verrat. Das ist logisch, und wenn Sie das nicht zugeben wollen, daß die Auffassung des

Herrn Staatspräsidenten die der französischen Regierung ist, dann sind Sie nicht ganz im Bilde. Es ist völlig unmöglich, daß der Staatspräsident durch sein Amt als Staatsbürger politisch kastriert werden soll. Er hat natürlich dasselbe Recht, seine Auffassung zu vertreten wie jeder andere Staatsbürger auch. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, und ich bin überzeugt, daß jede Partei, wenn sie in der Regierung wäre, loyale Möglichkeiten ausnützen würde, um ihrer Meinung Resonanz zu verschaffen. Ich verstehe die gegenteilige Auffassung nicht, die hier im Landtag zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin überzeugt, daß eine sozialdemokratische oder eine demokratische Regierung das gleiche gemacht hätte wie die CDU. Ich glaube sogar, daß wir uns der gleichen Mittel bedienen würden. (Zuruf: Aha!) Na also, sehen Sie! (Heiterkeit.) Ich habe also den Eindruck, daß Sie, Herr Kollege Dichtel, das Bedürfnis haben, das Ihnen angeboren zu sein scheint, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit den bösen Kommunisten eins vor den Latz zu knallen. Dieses Bedürfnis ist diesmal zur verkehrten Minute bei Ihnen zum Ausdruck gekommen. Glauben Sie nicht, daß jemand, der gestern Ihre Ausführungen gehört hat über das Besatzungsstatut, der gehört hat, mit welcher Emphase Sie behauptet haben, die CDU würde, wenn das Besatzungsstatut nicht entsprechend ausfalle, Schluß machen und in schärfste Opposition gegen die Besatzungskosten treten, Ihre Rede als Demagogie bezeichnen müßte? Die Veröffentlichung der französischen Regierung und die darauf erfolgte Antwort des Generals Clay haben bewiesen, daß letzten Endes nicht die badisch-württembergische Bevölkerung über eine jetzt zu treffende Veränderung der Grenzen ihrer Länder zu entscheiden habe, sondern die beiden interessierten Besatzungsmächte. Sie aber werden nicht nach deutschen, sondern nach ihren eigenen politischen und strategischen Überlegungen die Grenzen der beiden Länder bestimmen, genau wie das vor etwa 140 Jahren Napoleon getan hat. Wir sind der Meinung, daß sich die Deutschen in Baden und Württemberg nicht bemühen sollten, wie sie das leider auch in Bonn zu tun bereit sind, deutsche Kulissen aufzubauen, vor denen sich ein ausländisches Spiel abrollt.

Die Kehler Frage hat die Regierungserklärung bezeichnenderweise unter die Fragen des Verkehrs eingeordnet, obwohl sie eine eminent politische Frage ist. Das ergibt sich schon daraus, daß sie bei den entscheidenden Besprechungen der westlichen Alliierten über das Ruhrstatut eine wichtige Rolle spielte und als Kompensationsobjekt in der Sicherheitsfrage auftauchte. Aus offiziellen Verlautbarungen über diese Verhandlungen erfuhren wir etwas ganz anderes, als uns von der Regierung nach dem Besuch des Herrn Staatspräsidenten in Paris im Mai vorigen Jahres nach seiner kürzlichen Unterredung mit dem politischen Berater des Herrn General Koenigs, François-Poncet und in der Regierungserklärung vor drei Wochen mitgeteilt wurde. (Sehr richtig!) Von einer baldigen Rückkehr der Kehler Bevölkerung, die Staatspräsident Wohleb schon für das vergangene Jahr in Aussicht stellte, kann vorerst keine Rede sein. Die dort wohnenden etwa 6.000 bis 8.000 französischen Staatsangehörigen sollen bis zum Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen zer-

störten Wohnbezirke Straßburgs in Kehl verbleiben, obwohl eine französische Zeitung schrieb, ich glaube es war die „L'AUBE“, es sei nicht ganz einzusehen, warum diese 6.000 Franzosen nach bald vier Jahren nicht auch in einem anderen Teil Frankreichs vorläufig sollten untergebracht werden können. Aber selbst wenn die Kehler Bevölkerung bald zurückkehren könnte, so würde diese Rückkehr ohne die freie Verfügung Deutschlands über den Kehler Hafen keine Lösung des Problems bedeuten.

Die Regierung erweckt durch ihre Erklärung den Eindruck, daß durch ihre Verhandlungen eine Freigabe der Kehler Hafenanlagen für die ungehinderte Benützung – ich zitiere wörtlich – durch die deutsche Schifffahrt erwartet werden könne. Aus einer Stellungnahme der amerikanischen Regierung aber geht hervor, daß die französische Regierung in London vorschlug, Kehl in den französischen Zollbereich einzubeziehen und in der Kehler Zone, wie es darin heißt, das französische Währungssystem einzuführen, etwa nach dem Vorbild des Saargebietes. Das ist von Frankreich aus gesehen ganz begreiflich. Frankreich sieht im Kehler Hafen eine Ergänzung des Straßburger Hafens, mit dem es nach seiner Ansicht eine organische Einheit bildet. Erst nach der Einbeziehung der Kehler Zone in das französische Währungsgebiet soll darum eine französisch-deutsche Kommission über beide Häfen bestimmen, in der der französische Einfluß eindeutig dominiert. Eine Mitbestimmung der Deutschen in dieser Kommission, auch in den Fragen, die den Straßburger Hafen angehen – vice versa –, wird von französischer Seite auf das schärfste abgelehnt. Präsident Wohleb betonte in seiner Regierungserklärung, daß eine befriedigende Lösung der Kehler Frage wesentlich zur französisch-deutschen Verständigung beitrage, die als Schlüssel das Tor zur Europa-Union öffnen könne. Der „Figaro“ dagegen erklärt am Schluß eines Artikels über die Kehler Angelegenheit, der absolut ablehnend ist: „Was insbesondere die Zulassung eines deutschen Vertreters zur Verwaltung des Straßburger Hafens angeht, so würde diese Forderung in den Augen der öffentlichen Meinung in Frankreich als völlig untragbar erscheinen.“

Wir glauben nicht, daß Präsident Wohleb diese Einstellung der französischen Regierung zur Kehler Frage als befriedigend bezeichnen wird. Frankreich wird, davon sind wir überzeugt, das gleiche kluge und abwartende diplomatische Spiel um den Kehler Hafen weiterführen wie damals um die Saar, wenn nicht alle deutschen Parteien, vor allem auch der Badische Landtag, unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß eine Einschaltung Kehls in den französischen Zollbereich und die Einführung des französischen Währungssystems in der Kehler Zone im Gegensatz zu den Potsdamer Beschlüssen stehen und darum von allen Deutschen abgelehnt werden. Kehl und die Kehler Hafenanlagen müssen deutsch bleiben. (Sehr gut!) Auch dann wird eine deutsch-französische Verständigung über die gemeinsame Verwaltung der beiden Häfen Kehl und Straßburg bei einer Abgrenzung der gegen-

seitigen Zuständigkeiten durchaus möglich sein. (Jawohl!) Die zehntausend Kehler Evakuierten müssen bald wieder in ihre Heimat zurückkehren und ausreichende Hilfe in ihrer bedrängten Lage erhalten. Darüber sind wir uns alle klar. (Jawohl!) Die Unterbringung der heute dort lebenden französischen Staatsangehörigen müßte bei beiderseitigem gutem Willen in Bälde geregelt werden können.

Es wäre im Zusammenhang mit der Frage des Kehler Hafens für den Badischen Landtag interessant gewesen, wie so vieles andere, etwas über die Verhältnisse der deutschen und damit auch der badischen Rheinschiffahrt zu hören. Die Nachrichten über die Umorganisation der deutschen Rheinschiffahrt und die Überführung der deutschen Rheinschiffahrt, auch der Partikularschiffer, in französische Regie über den auch im Falle Buggingen angewandten, nicht mehr neuen Weg der Pacht- und Betriebsgemeinschaft unter maßgeblicher Führung französischer Kapitalistenkreise sind beunruhigend. (Sehr richtig!) Die Regierung hat dazu nicht Stellung genommen. Wir erwarten aber, da wir in einer so wichtigen Frage nicht auf Pressebehauptungen und Dementis angewiesen sein wollen, daß dem Badischen Landtag in einer kommenden Plenarsitzung klare Auskunft darüber gegeben wird, wie es sich mit der deutschen Rheinschiffahrt verhält. (Staatspräsident: Wir wissen außer den Pressemitteilungen darüber nicht das Geringste!) Bezeichnend! Ich glaube, daß es einen Weg gibt, sich die Kenntnisse zu verschaffen, besonders bei den guten Beziehungen, die Sie haben.

Zu den politischen Richtlinien der Regierung hätte auch ihre Stellungnahme zu dem in Bälde zu erwartenden, nach der Erklärung des französischen Außenministers Schuman und anderen in seinem Umriß bekannten Besatzungsstatut für Deutschland gehört. Der Herr Staatspräsident hat am Anfang seiner Regierungserklärung über diese, für die Zukunft des deutschen Volkes so entscheidende Frage nur den kurzen Satz geprägt: „In den nächsten Tagen kann mit der Eröffnung des Besatzungsstatuts gerechnet werden, durch das eine neue Grundlage für das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und den Ländern geschaffen wird.“ Er hat damit die Resignation zum Ausdruck gebracht, die für die Regierungspolitik auch unseres Landes Baden typisch ist. Das Besatzungs-(S. 6) statut kommt. Wir haben ihm durch die Annahme der Proklamation von vornherein zugestimmt. So argumentiert die Regierung. Wir können daran nichts ändern, also hoffen wir, daß es schon in den nächsten 14 Tagen kommt. Der Herr Staatspräsident scheint, wie die „Süvozet“, zum mindesten wie der Leitartikler derselben, der Ansicht zu sein, daß wir Deutsche über den uns gezogenen Rahmen nicht hinausgehen dürfen, wenn wir nicht zurückgepfeifen werden wollen. (Unverständlicher Zuruf.) Ich weiß nicht, wie man sonst zurückpfeift. Ja, die Regierungserklärung begrüßt sogar das Besatzungsstatut. Die SPD-Führung vom Schlage Schumachers hat es geradezu gefordert. (Sehr richtig!) Es wird die eigentliche Verfassung Westdeutschlands sein,

und das Bonner Grundgesetz wird nach der Proklamation in Frankfurt nur so weit Gültigkeit haben, als es den Bestimmungen dieses Statutes nicht widerspricht.

Abgeordnetel! Wir kennen diesen Zustand aus eigener Erfahrung, aus der Praxis unserer Tätigkeit hier im Landtag. Das Besatzungsstatut wird für Westdeutschland die gleiche Wirkung haben wie die von allen Parteien des Landtags bedauerte Einschränkung der Badischen Verfassung durch die Ordonnanz Nr. 95. Wir lehnen diese Politik der bereitwilligen Hingabe eines Statutes, das Westdeutschland praktisch auf Jahrzehnte hinaus unter die Souveränität anderer Staaten und ihrer Besatzungsbehörden stellt, ab. Die Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft der anderen Völker kann nur durch einen Friedensvertrag erreicht werden. Es war immerhin interessant für uns, festzustellen, daß uns Herr Dichtel gestern in seinen eindeutigen Worten diesen Friedensvertrag als eine Forderung aufleuchten ließ, aber dann sofort das Gegenteil sagte: „Aber wir sind zufrieden mit den Besatzungsmächten.“ (Abg. Dichtel: Weil ausgerechnet Ihre Leute dagegen sind!) Wissen Sie das so genau? (Abg. Dichtel: Ja!) Der Abschluß eines Friedensvertrages aber setzt einen gesamtdeutschen Staat mit einer einheitlichen Verfassung und einer verantwortlichen deutschen Regierung voraus. Dafür müßten sich unser Landtag und unsere Regierung einsetzen. Die Bonner Parlamentarier und die elf Ministerpräsidenten, damit auch Staatspräsident Wohleb, aber werden die Entschlossenheit nicht aufbringen und zum Besatzungsstatut nein sagen. Sie werden den Aufschrei unseres Volkes, der, wie die „Times“ schreibt, an dem Ruhrstatut gemessen, bei der Verkündung des Besatzungsstatuts noch ganz anders ausfallen wird, genau wie bei der Annahme des Ruhrstatuts abzufangen bemüht sein und werden dem Volk klarmachen, daß sich die Unterwerfung unter das Besatzungsstatut sehr wohl mit der Freiheit und der Würde eines Volkes in Einklang bringen lasse. Sie sind verantwortlich dafür, wenn das in Abhängigkeit von den Besatzungsmächten gehaltene Westdeutschland, ohne gefragt zu werden, durch die Militärgouverneure vertreten, in die Kriegsfront der Westunion und in den soeben im Wortlaut bekanntgewordenen Atlantikpakt unter Führung des amerikanischen Generalstabs einbezogen wird! Das ist die Konsequenz. Dieser Pakt ist das Kernstück einer systematischen Einkreisung der sozialistischen Sowjetunion und der Staaten, die den Frieden wollen, ein Kriegspakt des Weltkapitalismus gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeitermassen aller Länder, gegen die unterdrückten Kolonialvölker, gegen den Sozialismus. (Abg. Dichtel: Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Kollege! Sie sind ja dazu viel zu intelligent! Man muß ja Scheuklappen haben, um das glauben zu können!) Bitte, hören Sie mir jetzt einmal zu. Ich habe bei Ihnen gestern auch keinen einzigen Zwischenruf gemacht. (Abg. Dichtel: Ihre Kinderstube war eben besser!)

Die Rede des amerikanischen Außenministers Acheson auf einer Pressekonferenz, deren Inhalt vom Südwestfunk durchgegeben wurde, unterstreicht diese Charakterisierung des Atlantikpakts. Er wies darauf hin, daß es für die Unterzeichner des

Paktes genüge, einen Vernichtungskrieg zu beginnen, wenn revolutionäre Umwandlungen innerpolitischer Art in einem der Unterzeichnerstaaten oder in den von den westlichen Alliierten besetzten Gebieten, einschließlich der Westsektoren Berlins, die Unterstützung eines Auslandsstaates – gemeint ist die Sowjetunion – fänden. (Von rechts: Jawohl!) Deutlicher kann der aggressive Charakter dieses Paktes nicht gekennzeichnet werden. Schon jetzt werden ja überall die Streiks und sozialen Kämpfe in Frankreich und Italien, auch der Ruhrstreik, die kolonialen Aufstände in Viet Nam, Indochina, in Burma, in Malaya, der Befreiungskampf der griechischen Partisanen und der chinesischen Arbeiter und Bauern als von der Sowjetunion ferngelenkte Angriffe bezeichnet. Die Konsequenz, meine Herren, ist, daß Sie eine Politik mitmachen, die heute oder morgen zum Kriege führen kann. Deutlicher kann man nicht darauf hinweisen, unter welchem Vorwand man über die Welt einen neuen furchtbaren Krieg bringen will, wenn die Aufrüstung und Koordinierung der militärischen Kräfte beendet sein wird und das hergestellte Kriegsmaterial Verwendung finden muß, um nicht zu veralten und, vor allem, um sich zu rentieren.

John Forster Dulles aber fügte ebenfalls nach einer Rundfunkmeldung des Westfunks hinzu, daß es genüge, wenn der amerikanische Generalstab und der Präsident einen Krieg für notwendig halten. Das amerikanische Parlament brauche seine Zustimmung dazu vorher nicht zu erteilen. Selbstverständlich hat unsere ganze Presse das alles verschwiegen. Wenn die badische Regierung und der Herr Staatspräsident Wohleb zusammen mit den anderen westdeutschen Ministerpräsidenten, wenn die CDU, die FDP und die SPD weiterhin die bisher von der Regierung verfolgte Linie einhalten und sich dieser drohenden Entwicklung nicht entgegenwerfen, dann trifft sie, ob sie wollen oder nicht, die Mitverantwortung dafür, daß die westdeutsche Jugend unter ausländischer Führung in einem neuen Krieg verblutet, daß Deutschland und Westeuropa, die gerettet werden sollten, verwüstet und **(S. 7)** endgültig ausgelöscht werden. Auch unser verehrter Herr Landtagspräsident Dr. Person hat diese Konsequenz der von seiner Partei unterstützten und begrüßten Politik vorausgesehen und nach, einem Ausweg gesucht, die Verantwortung dafür abzuschüteln. Am 30. September des vergangenen Jahres schon sagte er in einer öffentlichen Versammlung der CDU in Zunsweiler und Niederschopfheim wörtlich: „Die Gegensätze zwischen Ost und West beginnen krisenhaft zu werden. Kommt es aber zu einem neuen Ausbruch der Feindseligkeiten, so weiß ich mich mit allen anderen Abgeordneten einig, daß man Baden im Landtag als neutrales Gebiet erklären wird.“ (Präsident: Ich darf mitteilen, daß ich in Schopfheim nie gesprochen habe!) Ich habe auch Niederschopfheim gesagt! (Präsident: Niederschopfheim stimmt!) Der Herr Landtagspräsident ist nicht so naiv, zu glauben, daß eine solche Neutralitätserklärung von irgendwelcher Bedeutung wäre. Wenn er aber gegen die Konsequenzen der Marshallplan-Atlantikpaktspolitik ernsthaft etwas zu unternehmen bereit ist – ich traue ihm das zu, ich erwarte das von ihm –, dann müßte er seine Frak-

tion veranlassen, daß die CDU-Regierung eine diametrale, entgegengesetzte Politik der seither von ihr verfolgten Politik treibt. Dann müssten er und alle Abgeordneten des Badischen Landtags mit den Kommunisten die Verhinderung eines westdeutschen Staates, die Ablehnung des Ruhr- und Besatzungsstatuts, die Durchführung eines Friedensvertrages nach den Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse mit einer gesamtdeutschen Regierung und die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands fordern, das sich unter gar keinen Umständen dem Atlantikpakt der kapitalistisch regierten Staaten anschließen darf. (Abg. Schüttler: Auch die Oder-Neiße-Linie nicht!)

Der sehr optimistische Abschnitt der Regierungserklärung über Wirtschafts- und Finanzfragen unseres Landes beginnt mit der Feststellung, daß die Regierung in der Demontagefrage, die im vorigen Jahre zu dem formalen Rücktritt der Regierung führte, einen beachtlichen Erfolg errungen habe. Die Wirklichkeit allerdings sieht auch hier ganz anders aus. Die zehn wichtigen Werke sind, selbst nach dem Bericht der Regierung, stillgelegt, abmontiert, stehen zur Ablieferung bereit oder sind bereits abgeliefert. Für elf Betriebe ist ein Aufschub erreicht, nicht etwa durch die badische Regierung, sondern im Zuge einer Reihe von Verhandlungen der westdeutschen Kapitalisten-Verbände mit den Verantwortlichen des Marshallplans. Es soll erst überprüft werden, meine Herren, ob sie nicht günstiger an Ort und Stelle für die amerikanischen Pläne verwendet werden können. In 13 anderen Betrieben sind alle neuen Maschinen restlos demontiert; verblieben sind nur die über 15 Jahre alten Maschinen, für die von den Betrieben neue, des gleichen Typs, zu einem bedeutend höheren Wert als die alten Maschinen geliefert werden müssen. Ein beachtlicher Erfolg! Nur drei der zur Demontage vorgesehenen Fabriken sind, wie die Regierungserklärung selbst besagt, noch voll in Betrieb, aber auch, wie die Regierungserklärung selbst zugeben muß, nur vorläufig. Von einem Erfolg der Regierung Wohleb, die aus diesem Grunde wieder aus der Anonymität ins volle Licht der Verantwortung auch für die Demontage treten könnte, kann darum keine Rede sein.

Genauso verhält es sich mit der in der Regierungserklärung betonten Steigerung der industriellen Produktion, der angeblichen erfreulichen Entwicklung unseres Außenhandels, der vorsichtigen Preispolitik der Regierung und der Behauptung über einen günstigen Arbeitsmarkt und eine günstige Ernährungslage: Es ist der fundamentale Irrtum der südbadischen Regierung und nicht nur ihr Irrtum, daß die auf dem Marshallplan aufgebaute Rekonstruktion der kapitalistischen Wirtschaft für Europa, für Westdeutschland und darum auch für Baden eine Überwindung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ermöglicht. Man kann die wirtschaftliche Entwicklung Südbadens nicht unter der engen Perspektive einer auf Kosten der Verbraucherkreise und der arbeitenden Bevölkerung vorübergehenden Gewinnkonjunktur der Unternehmer sehen, ohne in die Gefahr zu geraten, mit Recht eine Re-

gierung zur Sicherung der kapitalistischen Interessen des Besitzbürgertums genannt zu werden. Man darf vor allen Dingen nicht verschweigen, daß die Marshallplanlieferungen von unserem Volk teuer bezahlt – Herr Dichtel, ich wende mich gegen Ihre gestrigen Argumente und bitte, doch einen Moment zuzuhören, wenn Sie auch sonst eine betonte Gleichgültigkeit zum Ausdruck bringen, daß das gar nicht interessiert –, d. h. letzten Endes durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten gedeckt werden müssen. Man darf nicht verschweigen, daß dieser für die Unternehmer günstige Konjunkturzwischenzustand künstlich durch die sogenannte Initialzündung der Marshallplangelder und die kapitalistische Währungsreform ausgelöst wurde und zu einer Auslieferung der deutschen Wirtschaft an ausländische Interessengruppen führen muß. (Abg. Dichtel: Im Osten genauso oder noch viel schlimmer, Herr Kollege!)

Wie aber sieht es in Wirklichkeit mit dem Marshallplan und mit seinem Kernstück, dem Ruhrstatut, aus? Das Ruhrstatut, dem die drei übrigen Parteien nach einigen Protestzwischenrufen zugestimmt haben, verhängt über die gesamtdeutsche Wirtschaft eine Kontrolle und Verfügungsgewalt der westlichen Alliierten und ihrer Nutznießer, die unerträglich ist. Die Ruhrbehörde bestimmt über Qualität, die Typen und den Umfang unseres Exportes an Kohle und Stahl und damit über die gesamte Wirtschaft. Sie überprüft und bestimmt unsere Wirtschaftsmethoden. Damit ist auch jeder Versuch einer Sozialisierung, ja einer entscheidenden Mitbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß praktisch unmöglich gemacht. Die schärfsten Konkurrenten der deutschen Wirtschaft sind zu ihren Kontrolleuren ernannt. (Abg. Frau Beyerle: Und Schlesien?) Die Ruhrbehörde überwacht das deutsche **(S. 8)** Verkehrswesen, sie bestimmt in letzter Instanz die Preise und Zölle, sie hat nötigenfalls das Recht, die Produktion und Verteilung in eine Richtung zu lenken, die unseren Exportinteressen widerspricht. Der Marshallplan muß an den der in ihm zusammengeschlossenen widerspruchsvollen westeuropäischen Nationalwirtschaften scheitern. Es gibt keine Autorität in Europa zur Überwindung der Interessengegensätze der 19 Staaten. Was Hitler und den deutschen Wehrwirtschaftsführern nicht gelang, trotz der unerhörten Gewaltmethoden, die sie anwandten, wird dem Pariser Ständigen Ausschuß für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas erst recht nicht gelingen. Das Ziel des Marshallplans, bis 1952 die europäische Nationalwirtschaft durch das Gleichgewicht ihrer Außenhandelsbilanzen zur Gesundung zu bringen, wird an der Unmöglichkeit einer durchgreifenden Planung der Marshallkonzeption und außerdem an der Verschiedenheit der politischen Einstellung und Bindung der 19 Staaten scheitern. Die von ihnen nach Paris eingereichten Pläne, bei denen die drei Besatzungszonen nur als Anhängsel der Wirtschaft ihrer Besatzungsmächte erscheinen, lassen sich nicht untereinander abstimmen. Frankreich, zum Beispiel, will, wie schon immer, vor allem große Mengen seiner Luxusindustrie nach England liefern. England aber muß seinen Import auf 80 Prozent der Vorkriegszeit eindämmen und seinen Export auf 150 Prozent steigern, wenn es nicht

bankrottgehen will. Es braucht keine Luxusgüter, sondern Nahrungsmittel und Rohstoffe, die Frankreich nicht liefern kann. England war früher Hauptabnehmer der westeuropäischen Produktion, heute muß es umgekehrt einen hohen Ausführüberschuß nach Westeuropa forcieren. Die Exportinteressen fast aller westeuropäischen Staaten aber liegen in der gleichen Linie. Wenn Westdeutschland wirklich, um nicht zum Fäulnisherd der kapitalistischen Planung zu werden, statt, wie bisher, Rohstoffe, nun Kohle, Holz, Stahlschrott, hochwertige, Fertigwaren exportieren muß, ja, um Himmels willen, wohin soll dieser Export dann geleitet werden? Im Jahre 1948 erreichte der westdeutsche Export nach europäischen Ländern nur gerade eben 459 Millionen Mark und war nur unter Schwierigkeiten unterzubringen. Wo soll der für 1952 nach dem bizonalen Vierjahresplan allein festgesetzte Export von 2,8 Milliarden abgesetzt werden? Aber selbst die bisher geringe Steigerung des westdeutschen Exports hat in den benachbarten Ländern, vor allem in England, Empörung ausgelöst. Englands Wirtschaftsfachzeitschriften protestieren dagegen, daß die westdeutschen Exportabsichten mit den englischen im Wesentlichen parallellaufen. Wenn erst einmal die Exportproduktion Amerikas, das heute noch im eigenen Interesse Europa durch den Marshallplan in die kapitalistische Front einzuordnen versucht, auf dem Weltmarkt mit dem europäischen Export zusammenstößt, dann muß das zu einer wirtschaftlichen Katastrophe für uns Deutsche zuerst führen. Amerika sucht einen Ausweg aus dieser unausbleiblichen Krise der kapitalistischen Welt. Es rüstet auf und schafft sich für die Waffen-Überproduktion einen vorübergehenden Absatzmarkt in den vom Atlantikpakt beglückten Ländern Europas. Von 42 Milliarden Dollar seines Haushaltsplanes sind 15 Milliarden direkt und schwer feststellbare große Summen indirekt für die Rüstungsindustrie vorgesehen. Die Rüstungsproduktion aber muß eines Tages abgestoppt werden, es sei denn, daß die amerikanischen Kapitalistengruppen und gewisse Militärs gegen den Willen des amerikanischen Volkes, der durch die Wiederwahl Trumans gegen den Kandidaten der offenen Kriegspartei zum Ausdruck kam, einen neuen Weltkrieg auszulösen vermögen. Alle friedlichen Völker der Welt werden und müssen auch hier diesen grauenhaften Ausweg versperren. Die europäische und die deutsche Wirtschaft werden nur aus diesem Dilemma herauskommen, wenn sie sich loslösen von der Planlosigkeit und den Widersprüchen des Marshallplans mit allen politischen Konsequenzen, wenn sie sich in einer planvollen Wirtschaftsorganisation durch bilaterale freie Verträge nicht nur mit Amerika, sondern auch mit Osteuropa, der Sowjet-Union und dem Fernen Osten Absatzmärkte und Rohstoffquellen erschließen können, wie das zwischen den sogenannten Oststaaten, neuerdings auch zwischen der Ostzone Deutschlands und der Sowjetunion und untereinander bereits geschieht.

Die rechtsstehende französische Zeitung „*Le Monde*“ schrieb am 22. Februar: „In Europa, wo die Katastrophe bisher vermieden wurde, ist das Bild nicht sehr ermutigend. Die Hauptursachen hierfür sind hinreichend bekannt: Höchst mittelmäßige

europäische Zusammenarbeit, schleichende Krise in Belgien, Italien und auch bald in der Schweiz. Eher steigendes als fallendes Defizit hinsichtlich der Handelsbilanz mit Amerika. Im Allgemeinen wird die Wiederherstellung“ – so schreibt „*Le Monde*“, meine Herren! – „des europäischen Gleichgewichts bis zum Jahre 1952 heute als ein Mythos betrachtet.“ Und im Januarheft des Informationsdienstes mit dem Titel „*Gewerkschaftspraxis*“, herausgegeben vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes der britischen Zone, heißt es wörtlich: „Die natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen verweisen Westeuropa, vor allem jedoch Westdeutschland auf eine Lösung, die einen umfangreichen und festgeregelten Austausch mit dem Osten eröffnet. Es gibt keinen anderen Ausweg. Ein westliches Rumpfdeutschland, das dem robusten Wirtschaftskrieg zwischen den Westmächten ausgeliefert bleibt, verfällt dem ökonomischen Ruin. Es diene zunächst als Konjunkturpuffer. Es würde das erste Opfer einer beginnenden Krise und, wenn die Krise durch einen neuen Krieg verhütet werden sollte, ein Schlachtfeld sein.“

Sie werden sagen, was hat das denn mit uns zu tun! Das ist der Hintergrund Ihrer Regierungspolitik, das ist Ihnen vielleicht noch nicht aufgefallen. Aus diesem Hintergrund einer nüchternen Analyse der kapitalistischen Welt des Marshallplans und des Ruhrstatuts nehmen sich die triumphalen, von der CDU- (**S. 9**) Presse frohlockend plakatierten Feststellungen des Herrn Professor Erhard über das gelungene Experiment der sogenannten sozialen Marktwirtschaft und die Feststellungen der badischen Regierungserklärung über die Steigerung der industriellen Produktion auch bei uns recht kläglich aus. Von 42 Millionen Reichsmark im Juni 1948, von denen auch gestern Herr Dichtel gesprochen hat, sei seit der Währungsreform die Produktion auf 115 Millionen im Januar 1949 gestiegen. Wenn man die Preiserhöhungen, die Ihnen ja auch nicht entgangen sein werden, des letzten halben Jahres in Betracht zieht, dürfte die sogenannte Steigerung der Produktion etwa bei 75 Millionen DM liegen. Und wenn man, was die Regierungserklärung natürlich nicht tut, die auch in Baden vor der Währungsreform gehortete und verschobene Produktion, die bekanntlich weder statistisch noch steuerlich erfaßt wurde, hinzurechnet, dann dürfte die Produktionssteigerung der badischen Industrie recht bescheiden sein, trotz der angegebenen Erhöhung der Kapazitätsausnutzung von 40 auf 67 Prozent. (Abg. Hilbert: Und die Steigerung der Beschäftigtenzahl, wie ist die zu erklären?) Ich komme gleich darauf. Sehr bald wird diese Produktion absinken, wenn die bisher seit Juni verarbeiteten, vor der Währungsreform zurückgehaltenen Rohstoffe verbraucht sein werden und kein ausreichender Nachschub sichergestellt werden kann. Aber selbst diese auf Kosten der mit miserablen Löhnen abgespeisten Arbeiter und Angestellten gesteigerte Produktion nützt dem Staate nichts, im Vierteljahr vor der Währungsreform betrug das Steueraufkommen in Südbaden rund 173 Millionen Reichsmark, nach der Währungsreform, nach dem Bericht der Regierung, nur noch 39 Millionen DM. Da ist der Unterschied noch viel größer. Ein Beweis dafür, daß sich die Unternehmer nicht nur durch die Preissteigerungen

maßlos bereicherten, sondern auch die Steuerlasten so gut wie restlos auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger abgewälzt haben. Kein Wunder bei einer Regierung, die den Unternehmern bereits wieder eine wesentliche Milderung des Steuerdrucks, den diese bisher so erfolgreich abgeschüttelt haben, durch steuerliche Vergünstigungen bei der Ermittlung der Gewinne, die sich beim besten Willen aus den Bilanzen nicht wegeskamotieren lassen, in Aussicht stellt. Den Lohn- und Gehaltsempfängern aber, die ihre Steuern bei Heller und Pfennig nachweisbar bezahlen müssen, wird von der Regierungserklärung als Beruhigungsspiel eine Erhöhung des Freibetrages für Sonderausgaben, die auch nur bessere Gehaltsempfänger haben, Herr Finanzminister, in Aussicht gestellt und für Lohnarbeiter eine Erleichterung für bestimmte Arbeiten, vielleicht für die Überstunden, die sie im Interesse des Unternehmers und zum Nachteil ihrer arbeitslos gemachten Kameraden leisten sollen. Wir sind gespannt, ob sich die homöopathischen Dosen dieser angeblichen steuerlichen Erleichterung für die Arbeiter mit einem Vergrößerungsglas werden feststellen lassen. (Abg. Dichtel: Wenn das auf Rußland bezogen wird, kann man dies feststellen!) Aber bitte, Herr Dichtel, machen Sie es doch ein wenig geistreicher! Eines ist aber nach der Regierungserklärung sicher, daß bei weitestgehender steuerlicher Schonung der Unternehmergewinne – nach unserer Meinung sollte es nämlich in dieser Notzeit überhaupt keine Unternehmergewinne geben dürfen – die hohen Millionenbeträge für die Einfuhr der überseeischen Lebensmittel auf der 30-Dollarcent-Basis sofort an die Auslandslieferanten bezahlt werden müssen, und die an die inländischen Großhandelsverdiener zu bezahlenden Subventionen müssen durch erneute Massensteuern aufgebracht werden. Das alles finden die Abgeordneten der Partei, die mit der Regierung die Marshallplansegnungen nicht hoch genug zu preisen vermögen, durchaus in Ordnung.

Über die von der Regierung so günstig dargestellten Entwicklungstendenzen zu einem freien deutschen Export wäre folgendes zu sagen: Die Internationale Export- und Importagentur, kurz JEIA, die seit einiger Zeit mit der ihr entsprechenden Agentur des Office-Max der französischen Zone vereinigt wurde, ist das in erster Linie von Amerikanern geleitete Außenhandelsmonopol der westlichen Besatzungsmächte. Ihr statutarisches Anfangskapital betrug 200 bis 300 Millionen Dollar. Heute besitzt die JEIA darüber hinaus 3 bis 4 Milliarden DM und den Schuldschein des vorerst allerdings noch fiktiven westdeutschen Staates über etwa 4 Milliarden Dollar. Diese westdeutsche Schuld muß durch Warenexporte bezahlt werden. Der Deutsche, auch der badische Verbraucher, der die eingeführten Lebensmittel, wie wir eben gehört haben, zu vollem Auslandspreis bezahlen muß, wird dadurch gleichzeitig auch noch Mitschuldner an den ungeheuren Summen zur Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft. Obwohl nach dem Potsdamer Abkommen der Außenhandel eine rein deutsche Angelegenheit sein sollte, wurde die JEIA als amerikanisch-englisch-französische Exportagentur zur Steigerung des deutschen Exports nach Konkurrenzgründen ins Leben gerufen. Die von der Re-

gierungserklärung betonte Einschaltung von Regierungsstellen und Geschäftsleuten, auch eines badischen Sachverständigen, wird nur insoweit wirksam, als es dem Zweck der JEIA nicht widerspricht. Was von der Forderung der Regierungserklärung auf eine Aufhebung des Kontraktgenehmigungszwanges für jedes Geschäft für die JEIA zu halten ist, wird am besten daraus deutlich, daß die CDU zusammen mit der FDP und der SPD in der 33. Vollversammlung des Frankfurter Wirtschaftsrates einen Antrag der Kommunistischen Partei, der deutschen Wirtschaft eine bescheidene Einsichtnahme in die Geschäfte der JEIA zu ermöglichen, einstimmig abgelehnt hat. Der Antrag der Kommunistischen Partei lautete – damit Sie nicht sagen, es sei Agitation gewesen – „Der Verwaltungsrat wird beauftragt, sofort Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Teilnahme deutscher Sachverständiger an der Überprü- **(S. 10)** fung der Bilanz der JEIA am 31.11.1948 und der Geschäftsberichte für das Kalenderjahr 1947 bis 1948 zu führen. Der Verwaltungsrat wird beauftragt, mit der JEIA darüber zu verhandeln, daß die beteiligten deutschen Sachverständigen über die Prüfungsergebnisse im Plenum des Wirtschaftsrates berichten können.“

Mit der Ablehnung dieses Antrages brachten die CDU-Vertreter im bizonalen Wirtschaftsrat zum Ausdruck, daß nach ihrer Meinung der deutsche Außenhandel sich am besten in den Händen der Vertrauensleute der amerikanischen und britischen Kapitalistengruppen befindet. (Abg. Hilbert: Das stimmt nicht, Herr Kollege Eckert, das Gegenteil ist der Fall, ich bin zufällig dabei gewesen!) Sie haben gleich Gelegenheit zum Reden. Es sollte uns wundern und freuen, wenn die badische CDU anderer Meinung sein sollte und mit den Kommunisten Einblick der deutschen Sachverständigen, unter denen Vertreter der Gewerkschaften sein müßten, in die Geschäfte der JEIA, oder noch besser deren Auflösung fordern würde.

Vergeblich haben wir in der 33 Seiten umfassenden Regierungserklärung ein Wort über die katastrophale Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger gesucht. (Sehr richtig!) Wie sollte das auch anders sein! Der verantwortliche Wirtschaftsminister Dr. Lais, ein Anhänger des bekannten Professor Röpke, des bekannten Vorkämpfers für die Restaurierung der kapitalistischen Wirtschaft, ist auch als Minister ein Vertrauensmann der badischen Unternehmer geblieben. Niemand kann aus seiner Haut! Wir machen, ihm daraus keinen Vorwurf. Wir stellen das nur sachlich fest. Das Kernstück seiner Vorschläge zu einer eventuellen Preissenkung, betont er weise in der Herstellerstufe, sieht er in der verstärkten Rationalisierung – lies Intensivierung des Arbeitsvorganges und des Arbeitstempos – und in einer Erhöhung der Leistungen der Arbeitskräfte – lies verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten –, bei denen man, wie er behauptet, durch die Verbesserung der Ernährungslage durchaus in der Lage ist, noch mehr als bisher Gewinne aus ihren Knochen herauszuholen. Die von den kapitalistischen Drahtziehern und ihrer Presse propagandistisch groß aufgemachte sogenannte Preissturzaktion, die, wie die Regie-

zung zynisch behauptet, die Erhaltung und Steigerung der Reallöhne sichert, stellt sich bei näherem Zusehen als eines der zahlreichen Betrugsmanöver gegen die arbeitenden Massen heraus. (Abg. Dichtel: Das ist sehr stark übertrieben von Ihnen, Herr Kollege, das ist Demagogie!) Ich weiß, was ich sage. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich nach den Feststellungen Dr. Baades um 60 Prozent erhöht, die Löhne sind nicht einmal allgemein um 15 Prozent gestiegen. (Abg. Schüttler: Das ist nicht wahr!) Vor der Währungsreform betrug die sogenannte Lohnquote – das heißt das Verhältnis der Lohnsumme zum Produktionswert, daran läßt sich gar nichts ändern, das sind Tatsachen Ihrer Sachverständigen – beispielsweise Ende 1947 36 Prozent; im September 1948, nach der Währungsreform, betrug sie noch 22 Prozent und im Monat des angeblichen Preissturzes im Januar 1949 noch 21,4 Prozent. Diesem Rückgang der Lohnquote entsprechend erhöhten sich natürlich die Gewinnspannen für den Unternehmer, sank der Reallohn des Arbeiters. Bei einer solchen Lage hat der verantwortliche Minister, hinter dem die CDU-Regierung steht, den Mut zu behaupten, durch seine Maßnahmen einer vorsichtigen Preissteigerung in Südbaden und durch die, wie er sagte, „Preisverbilligung“ würden die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten gesichert und gesteigert. Es erübrigt sich fast, festzustellen, daß nach der Aufhebung des Lohnstopps sich die Unternehmer durch gemeinsame Absprachen zu keiner Lohnerhöhung bereitfanden, sondern die Tarife, wo immer es geht, durch erhöhte Leistungsansprüche an die Arbeiter bei gleichbleibenden Löhnen zu verschlechtern versuchen.

Im September 1948 wurde das Betriebsrätegesetz im Badischen Landtag einstimmig angenommen und von der Militärregierung genehmigt. Bis heute sind die Ausführungsbestimmungen von unserer sonst so fleißigen Ministerialbürokratie noch nicht ausgearbeitet und in Kraft. Es scheint uns berechnende Taktik der Unternehmer zu sein, die Verwirklichung des Betriebsrätegesetzes durch undurchsichtige Manöver möglichst lange hinauszuschieben. Das Betriebsrätegesetz kann, so sagen sie, ohne das Fachkommissionsgesetz nicht in Kraft treten. Dieses wiederum kann von der Militärregierung nicht genehmigt werden, bevor nicht das Arbeitsgerichtsgesetz und die Schlichtungsordnung vorliegen, d. h. vom Landtag genehmigt und von der Militärregierung bestätigt sind. Bis dorthin werden die Unternehmer, ohne durch kontrollierende Betriebsräte gehindert zu sein, in dem inzwischen schon verflossenen halben Jahre ihre technischen Rationalisierungs- und kapitalistischen Umgruppierungsmaßnahmen, ihre Betriebsmethoden und ihr Arbeitssystem so ausgebaut haben, daß es den Betriebsräten äußerst schwer fallen dürfte, in berechtigten Interessen der Arbeiterschaft Änderungen durchzusetzen. (Abg. Dichtel: Die Betriebsräte sind Einbildung, die existieren ja gar nicht!) Wenn Sie das nicht wissen, dann kennen Sie nicht die Zuständigkeiten der Betriebsräte. Für die Verschleppung des Betriebsrätegesetzes ist die Regierung voll verantwortlich, die vom Vertrauen der Christlich-Demokratischen Partei des Landtags getragen, von der FDP und der SPD trotz des Mißtrauensantrages praktisch wohlwollend geduldet wird. (Abg. Hil-

bert: Unerhört!) Vor wenigen Wochen gab Staatspräsident Wohleb im Namen dieser Regierung eine Erklärung ab, in der es wörtlich hieß – ich bitte mich zu berichten, wenn ich einen Fehler mache – „Der Landesregierung gehen dauernd aus allen Kreisen der Bevölkerung, vor allem aus Kreisen der Arbeiterschaft und der Werktätigen und der Festbesoldeten Klagen und Beschwerden darüber zu, daß im Lande Baden die Preise für lebensnotwendige Gebrauchsgegenstände willkürlich erhöht werden und daß es daher der um ihr Dasein ringenden Bevölkerung geradezu unmöglich gemacht wird, sich mit den notwendigen Dingen zu versorgen. Dieser Zustand wird als bitter und mit Recht als unerträglich bezeichnet. (S. 11)

Die Landesregierung sieht sich daher veranlaßt, ihr vor den Vertretern des badischen Volkes auf diese unhaltbaren Zustände hinzuweisen und einen letzten Appell an die interessierten Kreise zu richten. Die Landesregierung wird sich, wenn dieser ernststen Mahnung der Erfolg versagt bleibt, gezwungen sehen, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Sie wird auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken, um das Preisniveau auf einer erträglichen Basis zu halten.“

Warum hat die Regierung in ihrer jetzt abgegebenen Erklärung zu dieser vor kurzem auch von ihr als unerträglich bezeichneten Lage überhaupt keine Stellung genommen? Ist sie der Meinung, daß sie inzwischen durchaus erträglich geworden sei? Wir fragen die Regierung, warum sie der Preissteigerung kein Ende gesetzt hat, bis die Preise hoch genug waren für die Unternehmer? Wir fragen die Regierung, welche drakonischen Maßnahmen sie nach der erfolglosen Mahnung gegen die Unternehmer und Händler ergriffen hat, um das Preisniveau auf einer erträglichen Basis zu halten. Wir möchten nicht annehmen, daß die Regierung der Meinung sei, die gegenwärtigen Preise seien – an den Nettolöhnen der Arbeiter und Angestellten gemessen – durchaus berechtigt. Wir müssen sonst mit vernichtendem Material, auch von den Gewerkschaften her, antreten. Warum hat die Regierung nichts unternommen, um der Sturmflut der Preissteigerung entgegenzutreten oder die Unternehmer zum Beispiel durch die Drohung einer Wegsteuerung aller ihrer Gewinne zu veranlassen, die Löhne zu erhöhen? Wir kennen ihre Argumente, und wir verstehen sie. Sie sagt, diese Gewinne sind für die Unternehmer notwendig, um durch neue Investitionen die Wirtschaft ins Laufen zu bringen. Und die Preissteigerungen sind notwendig, denn man hätte sie in Baden nicht aufhalten können, ohne ein verhängnisvolles Preisgefälle im Vergleich zur Bizone heraufzubeschwören. Keine zur Sicherung der kapitalistischen Interessen eingesetzte Regierung kann eine befriedigende Lösung für die Arbeiter und Angestellten finden, das wissen wir. Darum lehnen wir auch diese badische Regierung ab, die, wie die anderen Regierungen Westdeutschlands, nur ein Machtinstrument in der Hand des Besitzbürgertums ist. Die Regierung stellt befriedigt fest, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Südbaden bisher nur um 1.000 auf 4.300 erhöht habe. Sie schweigt sich aber darüber aus, welche Höhe die Kurzarbeit zum Beispiel in der Tabakindustrie, in den

Schuhfabriken, deren Läger überfüllt sind, angenommen hat, welche Zahlen von Konkursen mittlerer und kleinerer Betriebe in Südbaden feststehen oder zu befürchten sind und zu Betriebsschließungen führen müssen.

Ein besonderes Wort möchten wir in diesem Zusammenhang über die Verhältnisse in Blumberg sagen, das bekanntlich im Zuge der Hitlerischen Kriegsproduktion aus einem kleinen Dorf zu einer beachtlichen Arbeitersiedlung geworden ist. Die Situation ist dort nach der restlosen Demontage der Hauptbetriebe und den Schwierigkeiten finanzieller und technischer Art für die dort durch die Initiative von kleineren Unternehmern und Arbeitern im Wiederaufbau begriffenen Ersatzindustrien unhaltbar geworden. Es ist uns nicht bekannt, ob die Regierung inzwischen nach der Vorsprache einer Blumberger Delegation während der letzten Landtagssitzung die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung dieser industriellen Wiederanfänge getroffen hat. Es wäre wichtig, daß ein solcher Notstand die nachdrücklichste Hilfe durch die Regierung erfährt, damit einigen hundert in Blumberg angesiedelten Arbeitern und ihren Familien Brot und Arbeit erhalten bleibt, auch wenn für die Unternehmer kein Gewinn entsteht.

Es paßt durchaus zu dem prokapitalistischen Kurs des Herrn Ministers Lais, daß er die Arbeitsplatzwechselbeschränkungen aufzuheben gedenkt als ersten Schritt zur Auflösung der Arbeitsämter überhaupt, die von den Unternehmern selbst unter der lammfrommen demokratischen Federführung und der zielbewußten CDU-Exekutive, der Direktion Arbeit, als eine Hemmung für die von den Demokraten geforderte Freizügigkeit der Wirtschaft, das heißt die Unternehmerwillkür, bezeichnet werden. (Abg. Dichtel: Herr vergib ihm, er kann nicht anders! Nehmen Sie es mir bitte nicht übel!) Ich kann Ihnen nur sagen, daß es auf mich etwas komisch wirkt, wenn Sie ein Wort Christi in den Mund nehmen!

Es würde uns interessieren, die Gründe zu erfahren, warum dem Badischen Landtag immer noch nicht das Jugendarbeitsschutzgesetz vorgelegt wurde, obwohl alle badischen Jugendverbände diesen gesetzlichen Schutz der jungen Arbeiter fordern. Sollten auch dahinter die Überlegungen des Herrn Wirtschaftsministers stehen, um Himmels willen ja nichts zu tun, was die Unternehmer verärgern könnte, und wenn es sich gar nicht umgehen läßt, dann muß das so spät und so verklausuliert, mit formal-juristischen Hemmungen gekoppelt geschehen als eben nur möglich. Wir erwarten von der Regierung die Vorlage eines Jugendarbeitsschutzgesetzes bis zur nächsten Plenarsitzung. In der Regierungserklärung steht nichts davon; dafür ist auf der Seite 24 die Rede von Bemühungen der Regierung um die Einrichtung eines Bewährungsheimes für Jugendliche.

Es ist fraglos richtig, daß eine Verbesserung in der Ernährung, von der die Regierung berichtet, eingetreten ist für die Schichten nämlich, die sich teure Lebensmittel in ausreichender Menge zu kaufen imstande sind, ohne in Gefahr zu geraten, daß

sie für sich und ihre Kinder keine Wäsche, keine Kleider und keine Schuhe kaufen können und in Schwierigkeiten kommen, ihre Miete zu bezahlen; von den anderen Dingen (**S. 12**) für den alltäglichen Gebrauch und des Daseins überhaupt, die bezahlt werden müssen, ganz zu schweigen. Die Schwarzhandelspreise haben sich den offiziellen Preisen und den Preisen des grauen Marktes angeglichen; der Graue Markt aber ist geradezu legalisiert. Die Lebensmittelkarten, Textil- und Schuhpunktarten scheinen nur noch ausgegeben zu werden, um zu beweisen, daß es auch ohne sie geht.

Die angekündigte Aufhebung der Bewirtschaftung wird den Besitzenden eine Verbilligung ihrer bisherigen schwarz bezogenen Lebensmittel bringen, den Lohn- und Gehaltsempfängern aber, wie ich schon sagte, eine direkte oder durch Steuern indirekte 15-bis 20prozentige Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. Es ist für die breiten Massen unseres Volkes noch viel schwerer und unerträglicher, bei vollen Läden fast zu hungern und gleichzeitig zu wissen, daß die sich alles leisten können, die den Ertrag der Arbeit aller als Gewinn für sich in Anspruch nehmen oder sich auf einem anderen Wege ein höheres Einkommen zu sichern vermögen. Es ist die Pflicht jedes anständigen Menschen, einer verbrecherischen Wirtschaftsordnung, die zu solchen Zuständen führt, die eine durch und durch unmoralische Unordnung ist, anzugreifen und zu ändern. Man muß den Betrug von der Verbesserung der Ernährungslage für die Lohn- und Gehaltsempfänger aufdecken und nicht zu beschönigen versuchen, wie das die Regierung getan hat. Man muß die Ursachen dieser Ungerechtigkeit objektiv nachweisen und sie ausschalten.

Die Regierung ist entschlossen, die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produktion aufzulockern und, wenn sie etappenweise auch die Lebensmittelpreise den hohen Industriepreisen einigermaßen angeglichen hat, das heißt nämlich nach marktwirtschaftlichen Maßnahmen, aufzuheben. Das wird dazu führen, daß große Teile der Konsumenten noch weniger kaufen können als bisher, daß die Pachtzinsen, die an die Großgrundbesitzer zu entrichten sind, gewaltig steigen und die Masse der Klein- und Mittelbauern aus dem Erlös ihrer geringen eigenen Produktion und wegen ihrer steuerlichen Belastungen nicht genügend Barmittel aufbringen können, um ihre Betriebe in Ordnung zu halten. Die Preisschere zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion wird sich zum Nachteil der Landwirtschaft auch dann nicht schließen lassen. Die Politik der Regierung ist darum eine Politik für die wenigen Großgrundbesitzer und Großbauern unseres Landes, für die sie sich, wie die Verhandlungen der Bodenreform gezeigt haben, besonders einzusetzen bereit ist.

Über die von der Regierung hervorgehobene Vereinfachung der Verwaltung, über die Höhe und Art der Besatzungskosten, über die von ihr gepriesenen Sparmaßnahmen, über ihre Steuerpolitik und den Lastenausgleich, über den Wohnungsbau

und den Ausgleich der Staats- und Gemeindefinanzen, über die Landesplanung und Finanzierung des Wiederaufbaues der zerstörten Städte und Ortschaften, über die Verkehrsprobleme und die in der Regierungserklärung angedeutete Schulreform, über die sehr viel zu sagen sein wird, und über die Justiz werden wir im Einzelnen bei der bevorstehenden Debatte über den Haushaltsplan 1948/49 Stellung nehmen. Wir haben es für notwendig gehalten, aus Anlaß dieser Regierungserklärung noch einmal unsere Ablehnung der Regierung und ihrer Politik ausführlich und grundsätzlich zu begründen, damit nicht der Eindruck entstehen kann, wir würden aus purer Obstruktion und aus Freude am Negieren unsere Arbeit tun.

Unsere Opposition gegen die Regierung erwächst aus der Sorge um die Zukunft unseres Volkes. Wir werden darum nicht aufhören, gegen alle Maßnahmen und Gesetzesvorlagen der Regierung zu kämpfen, die unserer Auffassung nach den deutschen Interessen entgegenstehen, die arbeitenden Massen entrechten und sie um ihr Lebensrecht betrügen.

Wir wissen, daß Sie, meine Herren, die zum Untergang bestimmte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit allen Mitteln zu verteidigen versuchen und gar nicht merken, wie aussichtslos Ihre Anstrengungen sind, wie gefährlich Ihr Weg an der Seite der gegenwärtigen Regierungen der kapitalistischen Westmächte ist.

Weder die Methode Ihres Kampfes gegen uns Kommunisten, von denen selbst der amerikanische Journalist Carison vor kurzem sagte, sie seien schauderhaft, noch die Vorteile und das Nochnichtbegreifen weiter Schichten unseres Volkes werden uns nicht im geringsten abhalten, unsere Ziele mit Entschlossenheit, Hartnäckigkeit und Geduld zu verfolgen, weil wir wissen, daß nur so Deutschland und Europa gerettet und der Friede der Welt gesichert werden kann.

Wir haben die wichtigsten Einwände gegen die Politik der Regierung in vier Anträgen abgefaßt, die wir dem Landtag zur Abstimmung vorlegen:

1. Antrag: „Der Badische Landtag beauftragt die von ihm gewählten Vertreter im Bonner Parlamentarischen Rat, die Einstellung der Arbeiten an einer separaten westdeutschen Verfassung zu beantragen und eine Kommission des Parlamentarischen Rates vorzuschlagen, die mit den Vorsitzenden des deutschen Volksrates in Berlin Verbindung aufnimmt zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen Verfassung.“

2. Antrag: „Der Badische Landtag lehnt die Erhebung einer Sondersteuer für die Berliner Luftbrücke ab, weil er nicht dazu beitragen will, daß die Gegensätze zwischen West- und Ostdeutschland verschärft werden und die verhängnisvolle Zerreißung Deutschlands vertieft wird.“

3. Antrag: „Der Badische Landtag sieht in der indirekten Eingliederung der drei Westzonen in das System des Atlantikpaktes eine Gefahr für die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens. Er stellt fest, daß diese Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt ohne die Zustimmung der deutschen Bevölkerung vorgenommen wurde und daher für sie nicht verbindlich ist.“

(S. 13) Präsident:

Das ist kein Antrag, sondern nur eine Feststellung!

Abg. Eckert (KP):

Wir wissen ja, daß man über Begriffe streiten kann, wenn man sie vom philologischen Standpunkt aus betrachtet.

4. Antrag: „Die Abgeordneten des Badischen Landtags haben durch offiziöse Verlautbarung erfahren, daß Kehl in den französischen Zollbereich einbezogen und in der Kehler Zone das französische Währungssystem eingeführt werden soll. Sie ersuchen die Regierung, die Wahrheit dieser Nachricht zu überprüfen und im Namen des Badischen Volkes gegen solche Absichten zu protestieren.“ (Sehr richtig!)

Damit habe ich aufgehört, Sie zu ärgern, meine Herren. Ich freue mich für Sie. (Abg. Dr. Hoffmann: Aber hoffentlich endgültig! – Abg. Dichtel: Es sei Ihnen verziehen!)

In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 10. Sitzung vom 25. März 1949, S. 1-13.